



Autor: Alex Baur  
Die Weltwoche  
8021 Zürich  
tel. 043 444 57 01  
www.weltwoche.ch

Auflage 62'597 Ex.  
Reichweite 239'000 Leser  
Erscheint woe  
Fläche 49'315 mm<sup>2</sup>  
Wert 13'600 CHF

## Faulheit rentiert

*Von Alex Baur* — Schleichend ist in der Schweiz über die Jahrzehnte ein verqueres Sozialsystem hgediehen, das Fleissige bestrafft. Den Misstand haben mittlerweile sogar einige Linke erkannt.

**W**ürden sie der ökonomischen Vernunft folgen, müssten viele Eltern ihre Stelle kündigen und sich beim nächsten Sozialamt melden. Eine letzte Woche publizierte Tabelle zeigt: Eine durchschnittliche Familie (Eltern im erwerbsfähigen Alter) mit einem Arbeitseinkommen von 12 100 Franken pro Jahr hat höhere Einkünfte als eine Familie mit einem Jahreslohn von 100 500 Franken (siehe Grafik). Wie ist das möglich? Ganz einfach: Eltern, die in Teilzeit oder gar nicht arbeiten, werden mit staatlichen Zuschüssen und Sachleistungen aller Art subventioniert, während die Fleissigen mit Steuern und Abgaben derart geschröpft werden, dass ihnen unter dem Strich weniger bleibt als den Arbeitsmuffeln.

### Zahnlose Sanktionen

Die Erkenntnis ist an sich nicht neu. Die Daten wurden von der St. Galler Ökonomin Prof. Dr. Monika Engler erhoben, welche das Phänomen seit zehn Jahren in verschiedenen Konstellationen untersucht hat. Es handelt sich um einen globalen Überblick. Im Einzelfall können die Zahlen je nach Wohnort, Alter und Familiengrösse stark variieren. Das Fazit ist indes bei den meisten Konstellationen verheerend, mal mehr, mal weniger: Für den Mittelstand rentiert arbeiten oft nicht. Neu ist hingegen die Plattform, auf der die Tabelle der Umverteilung lanciert wurde: Die Fondation CH2048, eine linksliberale Institution. Neben einem Freisinnigen (Fulvio Pelli) finden sich im Stiftungsrat vor allem Sozialdemokraten wie Corine Mauch, Alexander Tschäppät, Roger Nordmann und Dori Schaer-Born. Der SP gehört auch **Christoph Koellreuter** an, der Gründer der Organisation.

Der Alarmruf von links ist auch deshalb von Brisanz, weil er – Zufall oder nicht – zusammenfiel mit der Ankündigung eines Reformprozesses bei der Skos. Die Sozialhilfekonferenz ruft zu einer offenen Debatte über ihre Richtlinien auf. Misstrauen ist zwar angebracht, zeichnete sich die Skos bislang doch durch eine fast autistische Unfähigkeit aus, Kritik auch nur wahrzunehmen. Es gibt be-

reits Forderungen aus der Branche nach noch mehr Fürsorgegeld, in einer Zeit notabene, in der die reale Wirtschaft über Lohnsenkungen diskutiert. Doch der Austritt einiger Gemeinden aus dem eidgenössischen Sozialkartell dürfte Wirkung zeitigen. Druck kommt insbesondere aus jenen Kantonen, in denen es keinen Lastenausgleich im Fürsorgewesen gibt und in denen die Kommunen unter der Last explodierender Sozialleistungen ächzen.

Immerhin anerkennt die Skos heute, dass es Probleme gibt: Die Sozialleistungen für junge Erwachsene und kinderreiche Familien liegen oft weit über den Einkünften, welche diese auf dem Arbeitsmarkt erzielen könnten; finanzielle Anreize für Arbeitssuchende zeitigen kaum messbare Erfolge; die Sanktionen sind zahnlos und werden selten angewendet.

Das Kernproblem hinter der ganzen Misere ist für die Skos nach wie vor tabu: Um Existenzsicherung geht es bei der Sozialhilfe schon lange nicht mehr, es handelt sich vielmehr um ein System der Umverteilung. Das lässt sich am Beispiel des Grundbedarfs aufzeigen: Er wird nicht etwa nach dem berechnet, was ein Mensch effektiv zum Leben braucht, sondern nach den tiefsten Arbeitseinkommen. Bei diesem verqueren Rechenmodell bleibt trotz Vollbeschäftigung und Wohlstand die Zahl der vermeintlich «Armutsbetroffenen» stets konstant. Unter Milliardären wird der Millionär zum armen Schlucker.

### Sozialstaat untergräbt Solidarität

Man muss sich fragen, warum so viele Menschen immer noch arbeiten, obwohl sie als Sozialrentner finanziell besser fahren würden. Die Erklärung liegt auf der Hand: Das Stigma der Fürsorge hat auf viele Menschen offenbar immer noch eine abschreckende Wirkung. Doch bei den jüngeren Generationen fallen diese Hemmungen, wie die Statistiken eindrücklich zeigen: Es ist die Gruppe mit den höchsten Zuwachsraten. Das kommt nicht von ungefähr: Im gleichen Mass, in dem die Eigenverantwortung an den Staat delegiert wurde, schwand die Solidarität unter den Menschen;



Autor: Alex Baur  
Die Weltwoche  
8021 Zürich  
tel. 043 444 57 01  
www.weltwoche.ch

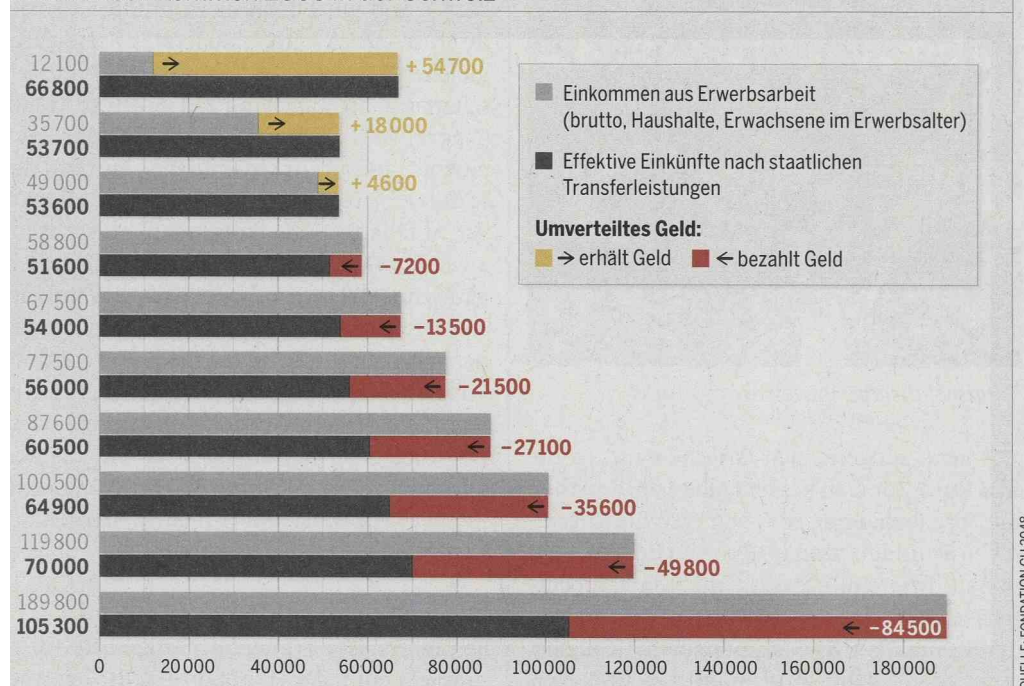
Auflage 62'597 Ex.  
Reichweite 239'000 Leser  
Erscheint woe  
Fläche 49'315 mm<sup>2</sup>  
Wert 13'600 CHF

im gleichen Mass, in dem die Anspruchshaltung gestiegen ist, verkümmerte die Bereitschaft, etwas für den Nächsten zu leisten. Auch wenn es paradox klingt: Der wuchernde Sozialstaat hat zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft geführt. Es ist ein schleichender Prozess, der sich über Generationen hinzieht. Und das ist das Fatalste an der Geschichte: Es dauert Jahrzehnte, bis die falsche Politik ihre verheerende Wirkung entfaltet.

Das ungerechte Umverteilungssystem wurde in einer Zeit auf- und ausgebaut, in der die bürgerlichen Kräfte landesweit über eine komfortable Mehrheit verfügten. In der

Sozialbranche waren die Linken zwar immer federführend, doch die Fehlentwicklung war nur möglich, weil die Rechte sie zulies – weil das Thema sie nicht interessierte, weil es un bequem ist. Das hat sich in jüngerer Zeit zwar etwas geändert. Doch ohne die Sozialdemokraten, welche den Umverteilungsapparat nach wie vor beherrschen, ist eine Trendwende nicht möglich. Die Aktion der **Fondation CH2048** lässt darauf hoffen, dass mittlerweile auch dem einen oder anderen Genossen dämmert, dass unser Umverteilungssystem weder solidarisch noch sozial ist.

Haushaltseinkommen 2005 in der Schweiz



**Alarmruf von links:** Einkommen nach staatlicher Umverteilung.